

Inland

Streit um Zukunft der Atomenergie

Auch Wulff fordert längere Laufzeiten

Die Unions-Forderungen nach mehr Flexibilität bei den Laufzeiten der Atomkraftwerke werden trotz Ablehnung aus der SPD dringlicher. Nach den Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU/Bayern) und Günther Oettinger (CDU/Baden-Württemberg) verlangte auch ihr niedersächsischer Amtskollege Christian Wulff (CDU) erneut mehr Spielraum bei den AKW-Restlaufzeiten. Die CDU-Regierungschefs von Nordrhein-Westfalen und Thüringen, Jürgen Rüttgers und Dieter Althaus, betonten dagegen, man solle an der Koalitionsvereinbarung zum Atomausstieg festhalten. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle warf unterdessen der großen Koalition eine verfehlte Energiepolitik vor.



Christian Wulff

Wulff will in dieser Legislaturperiode keine AKWs abschalten

Wulff erkennt den unter Rot-Grün vereinbarten Atomausstieg zwar an, will aber mehr Spielraum bei den Restlaufzeiten erreichen. In dieser Wahlperiode sollten nicht aus ideologischen Gründen Kraftwerke abgeschaltet werden, "die auf dem neuesten Stand technischer Entwicklung sind", sagte er im Deutschlandfunk. "Den Energiekonsens nicht in Frage zu stellen, heißt noch nicht, Kernkraftwerke in dieser Legislaturperiode wirklich abstellen zu müssen."

Der thüringische Ministerpräsident Althaus hält eine Änderung des Atomausstiegs nicht für realistisch. "Ich glaube nicht, dass die Grundsatzentscheidung der letzten Legislaturperiode noch einmal vollständig in Frage gestellt oder aufgehoben wird", sagte er der dpa. Bei der SPD habe es während der Koalitionsverhandlungen keine Bewegung gegeben. NRW-Ministerpräsident Rüttgers sagte im Deutschlandradio Kultur, er könne sich nicht vorstellen, dass die Vereinbarung zwischen Union und SPD revidiert werde.



Dieter Althaus

SPD-Fraktion fordert klares Konzept von Glos

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast warnte, ein Bündnis für Atom und Kohle sei "alles andere als zukunftsfähig". Die SPD-Fraktion warf Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) vor, er habe in der Energiepolitik keine klaren Konzepte. Spätestens bis zum Energiegipfel im März solle Glos ein Programm zur Steigerung der Energieeffizienz vorlegen, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber der dpa. Die Branche der Erneuerbaren Energien forderte in der "Netzeitung" eine gesetzliche Regelung für die Energieeffizienz.

Stand: 06.01.2006 17:56 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.

Mehr Inland

- ▶ Forscher kritisieren Konjunkturprogramm
- ▶ Seuchen-Experten schätzen Gefahr unterschiedlich ein
- ▶ Experte: "3000 Euro reichen, um eine Halle zu checken"
- ▶ Atom: Beck kritisiert "Störmanöver" der Unionsländer
- ▶ Schäuble macht Beamten keine Zugeständnisse